

Pressekonferenz

Ungleichheiten in Deutschland

Datenreport 2021 – ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland

am 10. März 2021 in Berlin

Statement von Dr. Philip Wotschack (WZB)

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,

soziale Ungleichheiten gehören zu den Kernthemen des Datenreports: Wie haben sich die Einkommensungleichheit und das Armutsrisiko in Deutschland entwickelt? Welche Folgen haben soziale Ungleichheiten für die Lebenschancen der Menschen? Und wie werden die bestehenden Ungleichheiten von den Menschen bewertet?

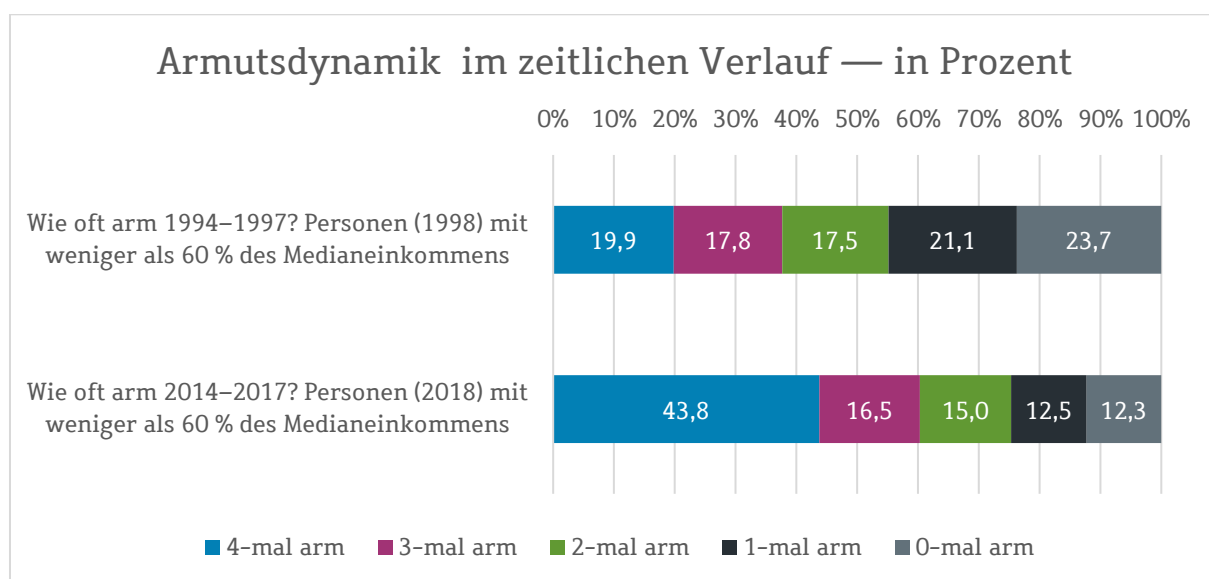
Der Datenreport 2021 zeigt: Armutsrisiken haben sich verfestigt

Der Abstand zwischen Arm und Reich ist in Deutschland über lange Zeit gewachsen und hat ein hohes Niveau erreicht (siehe Kap. 6.3). Ein wichtiger Standardindikator für das Armutsrisiko ist der Anteil der Bevölkerung, dessen Haushaltsnettoeinkommen weniger als 60 % des mittleren Einkommens

(gemessen am Median) beträgt, das sogenannte relative Armutsrisiko. Das Haushaltsnettoeinkommen umfasst dabei alle regelmäßigen Einkünfte nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich erhaltener Sozialtransfers und wird ins Verhältnis gesetzt zu Anzahl und Altersstruktur der Personen im Haushalt. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2018 bei 1040 Euro monatlich für einen Ein-Personen-Haushalt. Bei einem Ein-Elternhaushalt mit einem Kind (unter 14 Jahre) bei rund 1352 Euro.

2018 lebte in Deutschland fast jede/r Sechste (15,8 %) unterhalb der Armutsschwelle. Dieser Anteil ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken, das Armutsrisiko liegt aber immer noch deutlich über dem Niveau Ende der 1990er-Jahre mit knapp 11 Prozent und dem zwischen 2005 und 2009 mit knapp 13 Prozent.

Kommen wir von dem Armutsrisiko zu den Einkommensverläufen von Haushalten ([Abbildung 1](#)).



Quelle: Datenreport 2021, Kap. 6.3 (Goebel & Krause), S. 243 | Datenbasis: SOEPv35 | eigene Darstellung

Wir sehen, dass Haushalte, die einmal unter die Armutsgrenze gerutscht sind, immer öfter und auch länger unter der Armutsgrenze verbleiben: Von den Personen, die im Jahr 2018 in der untersten Einkommensschicht und damit in relativer Einkommensarmut lebten, waren 88 % bereits in den vier Vorjahren (2014 bis 2017) zumindest einmal von Armut betroffen. Die Hälfte davon (44 %) war in diesem Zeitraum dauerhaft arm mit Armutsepisoden von vier Jahren.

Damit hat sich der Anteil der dauerhaft Armen innerhalb der Armutspopulation in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt: 1998 betrug er noch 20 %.

Vergleichen wir das Armutsrisiko zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, zeigen sich sehr hohe Armutsrisiken insbesondere bei Alleinerziehenden (41 %), Personen mit Hauptschulabschluss ohne Berufsabschluss (35 %) oder Menschen mit (direktem) Migrationshintergrund (29 %). Zudem weisen strukturschwache Gebiete erhöhte Armutsrisiken auf, ebenso Ostdeutschland (mit 22 %), wo auch 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung immer noch ein deutlich höheres Armutsrisiko vorliegt als im Bundesdurchschnitt.

Der Datenreport 2021 zeigt: Geringe Einkommen wirken sich nachteilig aus

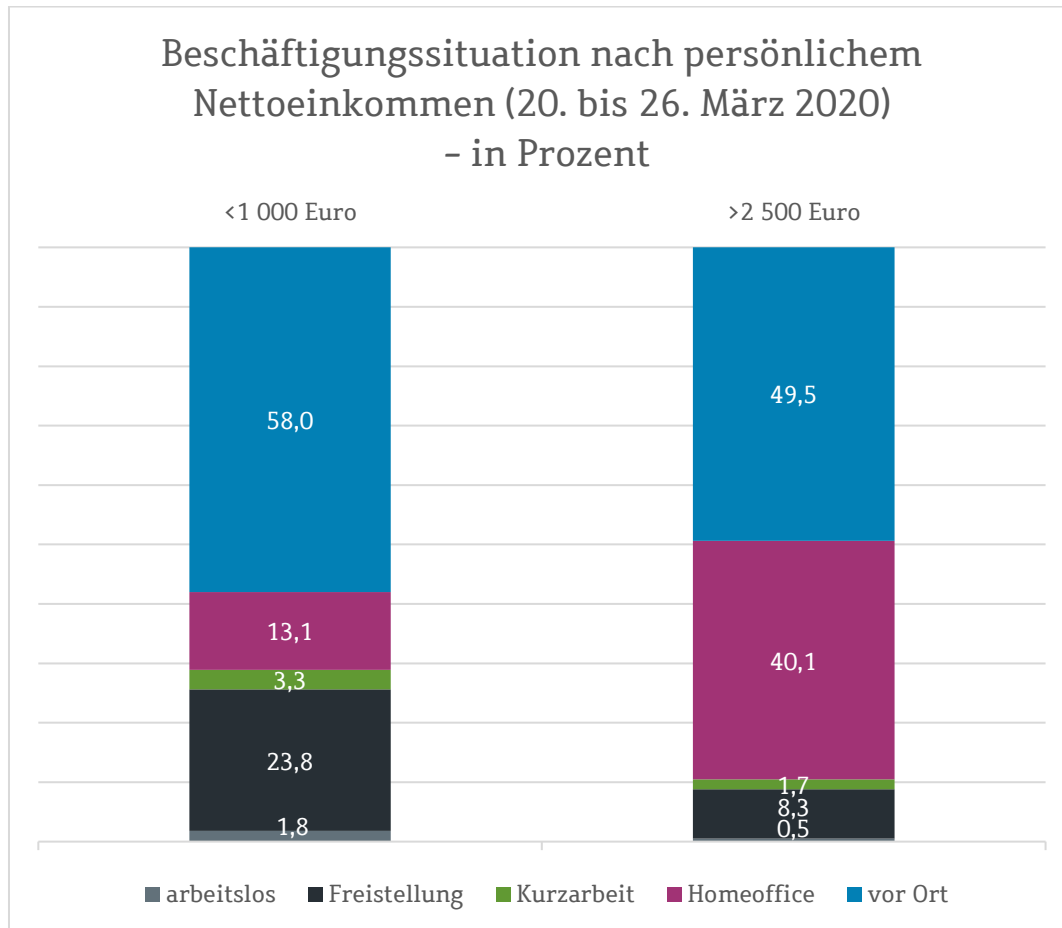
Mit geringen Einkommen sind nicht nur finanzielle Einschränkungen verbunden. Benachteiligungen zeigen sich auch in vielen anderen Lebensbereichen. Ich möchte hier nur zwei hervorheben.

Zunächst zu Arbeitsbelastungen und gesundheitlichen Problemen (siehe Kap. 9.2). Berufe und Arbeitstätigkeiten im unteren Einkommensbereich werden sehr viel häufiger als psychisch belastend und unbefriedigend empfunden und wirken sich nachteilig auf die Gesundheit und Lebenserwartung der Menschen aus.

Zweitens hat sich der erste Lockdown im Zuge der Corona-Pandemie in Deutschland ungleich ausgewirkt (siehe Kap. 14.2) ([Abbildung 2](#)). Die untersten Einkommensgruppen waren häufiger von Freistellungen und Arbeitslosigkeit betroffen und mussten häufiger vor Ort arbeiten. Die obersten Bildungs- und Einkommensgruppen waren häufiger in der Lage, ihre Arbeit auch im Homeoffice zu erledigen.

Des Weiteren zeigen sich große Unterschiede bei den finanziellen Auswirkungen der ersten Phase der Pandemie (31. März – 4. Juli) (siehe Kap. 14.4). Höhere Einkommensgruppen verzeichneten zwar häufiger Einkommenseinbußen. Die finanziellen Folgen der Pandemie waren für die Bezieher von Niedrigeinkommen (unterstes Quintil) aber härter: Rund jede/r Fünfte (19,5 %) gab hier an, von finanziellen Schwierigkeiten und Risiken betroffen zu sein, oder ging davon aus, dass dies in den kommenden zwölf Monaten passieren würde. Das heißt, sie waren in Zahlungsschwierigkeiten geraten, mussten Kredite aufnehmen, waren in ernsthafte Geldprobleme geraten, mussten

möglicherweise auf Ersparnisse zurückgreifen, Sozialleistungen beantragen oder ihren Lebensstandard drastisch einschränken.



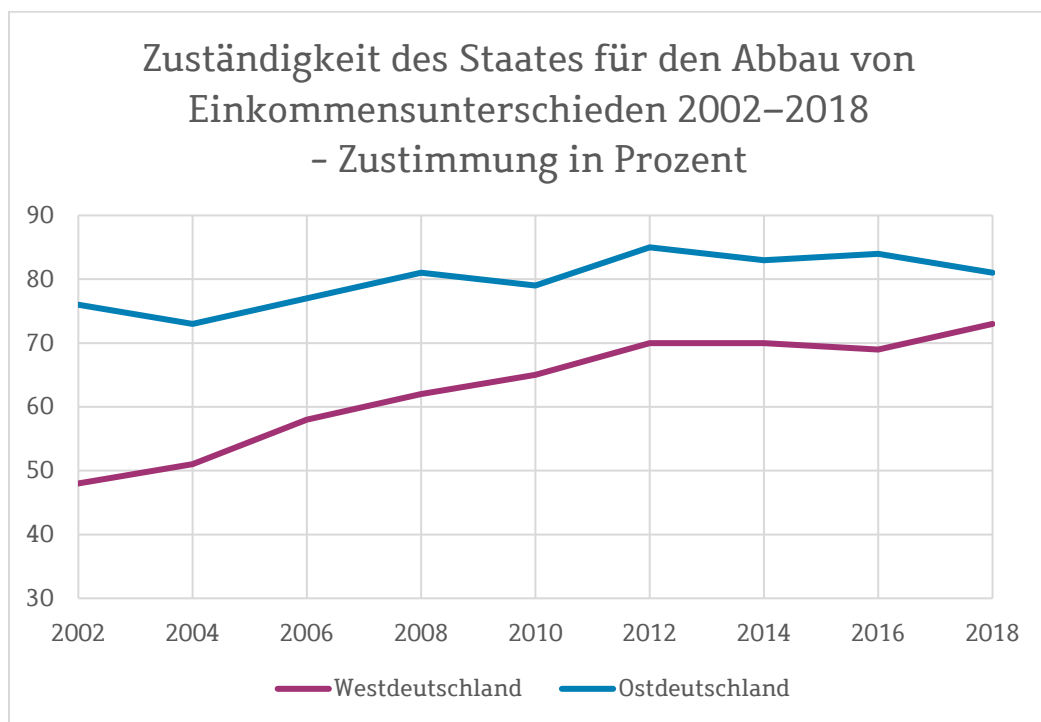
Quelle: Datenreport 2021, Kap. 14.2 (Blom & Möhring), S. 483 | Datenbasis: GIP, MCS | eigene Darstellung

Neben den Selbstständigen (20 %) berichteten auch an- und ungelernete Arbeiter*innen (17 %) und einfache Angestellte (14 %) besonders häufig von finanziellen Problemen und Schwierigkeiten. Bei den Facharbeiter-, Meister- und qualifizierten Angestelltenberufen fielen die Anteile mit rund 9 Prozent deutlich niedriger aus.

Unabhängig vom Berufsstatus waren Ein-Eltern-Haushalte (Alleinerziehende) mit 25 % am häufigsten betroffen. Personen mit direktem Migrationshintergrund berichteten mit 15 % fast doppelt so häufig von finanziellen Schwierigkeiten wie Personen ohne Migrationshintergrund (8 %).

Der Datenreport 2021 zeigt: Niedrige Einkommen werden von der Mehrheit als ungerecht erfahren

Das Ausmaß sozialer Ungleichheit schlägt sich auch in den Einstellungen und Wahrnehmungen der Menschen nieder. Nur knapp die Hälfte der Bevölkerung sieht das eigene (Brutto-)Einkommen als gerecht an. Die derzeitige Einkommensverteilung wird im Bereich niedriger Einkommen überwiegend als ungerecht wahrgenommen (siehe Kap. 8.2). Sehr hoch ist auch der Anteil derjenigen, die sich dafür aussprechen, dass sich der Staat für den Abbau von Einkommensunterschieden engagieren soll (siehe Kap. 11.2) ([Abbildung 3](#)). Das befürworten in Westdeutschland mittlerweile fast drei Viertel der Menschen (2002 war es noch weniger als die Hälfte), in Ostdeutschland sind es rund 80 Prozent. Die Forderungen nach staatlichen Aktivitäten zum Abbau von Einkommensungleichheit haben zugenommen.



Quelle: Datenreport 2021, Kap. 11.2 (Stroppe & Mauk), S. 391 | Datenbasis: ESS 2002–2018 | eigene Darstellung